

Demokratie erschreiben

Bürgerbriefe und Petitionen als Medien politischer Kultur 1950-1974

Bearbeitet von
Michaela Fenske

1. Auflage 2013. Taschenbuch. 437 S. Paperback

ISBN 978 3 593 39572 2

Format (B x L): 14 x 21,3 cm

[Weitere Fachgebiete > Medien, Kommunikation, Politik > Politikwissenschaft
Allgemein > Politische Geschichte](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Leseprobe

2. Sich in eine Tradition einschreiben: Aneignungen des Mediums

Zeit, zu schreiben

'Gern greife ich nicht zur Feder', eröffnete Gert M. im März 1954 seinen Brief an den niedersächsischen Landtag. Er fühle sich durch die Protestkundgebungen der katholischen Elternschaft gegen das geplante niedersächsische Schulgesetz jedoch zu seiner Stellungnahme gezwungen. Gert M. hatte seine eigene Schulzeit in einer katholischen Schule nämlich in unguter Erinnerung. Nun wollte er sich stellvertretend 'für den größten Teil der niedersächsischen Bevölkerung' hinter die Gesetzesinitiative stellen. Auch andere Schreiber sprachen eine längere Zeit des Nachdenkens an, bevor sie sich entschlossen hätten, zu schreiben. Man habe sich 'diesen Schritt [...] wohl überlegt', schreibe erst 'nach langem Zögern' und nicht 'aus Spaß' – so oder ähnlich leiteten viele Bürger ihre Briefe ein. Eine besonders lange Entscheidungszeit lag dem Schreiben von Emilie M. zugrunde: Sie versah ihren Brief an den Ministerpräsidenten Kubel mit drei verschiedenen Datumsangaben. Über drei Monate lang hatte die Frau immer wieder von Neuem an ihrem Brief geschrieben, bevor sie sich entschließen konnte, ihn abzuschicken. Es bedurfte in vielen Fällen schon eines besonderen Anliegens oder gravierender Notlagen, um 'zur Feder' zu greifen. Bevor sie an die Politiker oder die Parlamente schrieben, hatten die Schreiber ihr Anliegen intensiv durchdacht. Oft hatten sie bereits einige glücklose Anstrengungen unternommen, um Probleme zu lösen. Andere Behörden und Personen waren vergeblich um Hilfe gebeten, Gerichte erfolglos angerufen worden. Am Ende einer längeren Odyssee angekommen, schrieb man 'in letzte[r] Minute', 'in letzter Verzweiflung', 'weil alles andere ausgeschöpft' war und 'in größter Not'.

Dem Schreiben eines Briefes an politische Repräsentanten und Institutionen gingen nach Aussagen der Schreiber mehr oder weniger ausgeprägte Phasen der Selbstüberwindung voraus. Wer schrieb, hatte demnach oft Leidensdruck. Bei den häufigen und formelhaften Hinweisen der Schreiber auf ihre Selbstüberwindung handelt es sich um standardisierte briefliche Einführungsfloskeln. Sie dienten dazu, die Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit der Anliegen zu unterstreichen. Zugleich weisen sie jedoch auch auf einige allgemeine Voraussetzungen des Briefeschreibens im deutschen Nachkrieg hin. Demnach erfolgte das Schreiben an politische Vertreter in der neu gegründeten Republik selten spontan und nach Aussage einiger Schreiber schon gar nicht mit leichter Hand. Wenn man – wie es die Darstellungen der Schreiber nahelegen und wie es in manchen kulturwissenschaftlichen Brieftheorien gesehen wird – davon ausgeht, dass sich den Bürgern mittels ihrer Briefe ein spezifischer Kommunikations-, Handlungs- und Erfahrungsraum eröffnete, so hatten manche von ihnen vor Betreten dieses Raumes einige Hemmschwellen zu überschreiten. Diese Schreibhemmnisse waren nicht zuletzt mit dem Medium Brief verbunden. Als ein Instrument zwischen 'Rede und Schrift' setzt das Schreiben eines Briefes bestimmte Mittel und Fertigkeiten voraus. Es ist ferner mit 'Zwängen und Möglichkeiten schriftsprachlichen Handelns' verbunden. Der Literaturwissenschaftler Albrecht Koschorke spricht

in seiner Mediologie davon, wie mit Schrift eine eigene Wirklichkeit geschaffen werden kann. Schrift ermöglicht der schreibenden Person demnach eine spezifische Sinnproduktion und die Erzeugung besonderer Nähe. Bevor diese Möglichkeit jedoch von den Schreibern in der Nachkriegszeit genutzt werden konnte, galt es, mögliche Konflikte zwischen Mündlichkeit und Schriftlichkeit zu bewältigen sowie weitere Hürden zu überwinden. Um diese Voraussetzungen des Schreibens soll es im vorliegenden Kapitel ebenso gehen wie um Anregungen und Ermutigungen, die das Schreiben begünstigten.

Unmittelbar nach dem Krieg waren die Bedingungen für das Schreiben von Briefen – das Vorhandensein von Papier, Umschlägen, Stiften oder gar Schreibmaschinen, Briefmarken sowie von Gelegenheit und Raum – ganz offensichtlich weniger günstig. Erst vom Beginn der fünfziger Jahre datieren die frühesten überlieferten Schreiben der Bevölkerung. Jetzt begann die Zeit des Schreibens. An wen man schrieb – ob an Ministerpräsident, Landtag oder andere Personen und Institutionen –, war von verschiedenen Faktoren abhängig. Inwieweit die politischen Zuständigkeiten und das eigene Anliegen zusammengingen, gehört etwa dazu, ebenso die persönlichen Neigungen und politischen Überzeugungen der Bürger. Wer mehr Vertrauen in die Institution des Parlaments und seine Handlungsmöglichkeiten hatte, schrieb dem Landtag. Wer eher auf die persönliche Beziehung oder die Autorität eines Regierungschefs setzte, schrieb dem Ministerpräsidenten oder, wenn es sich um soziale Fragen handelte, mitunter auch dessen Gattin. Auch wer sein Anliegen weniger öffentlich machen wollte, schrieb unter Umständen lieber an den Ministerpräsidenten. Nicht zuletzt spielte der jeweilige Kenntnisstand über politische Zuständigkeiten und Abläufe eine Rolle. In Unkenntnis der Zuständigkeiten wandten sich in den Anfangsjahren besonders viele Bürger an den Bundestag oder an Bundespolitiker statt an den Landtag oder Landespolitiker. Wem man schrieb, das war in vieler Hinsicht ebenso eine Frage der Möglichkeiten wie des eigenen Kenntnisstandes, wie die Ausführungen von Elisabeth G. an den Landtag zeigen: Sie hätte ihren Brief lieber an den Ministerpräsidenten Kopf geschrieben, ließ G. den Landtag wissen, habe aber dessen Anschrift nicht gewusst.

Auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war trotz allgemeiner Schulbildung das Schreiben noch keineswegs für alle Mitglieder der Bevölkerung eine im Alltag selbstverständlich geübte Praxis. Dies betraf vor allem Angehörige bildungsferner Schichten. Sie waren sichtlich ungeübt im schriftlichen Ausdruck. So finden sich in den überlieferten Briefen Unsicherheiten in der Wortwahl, Fehler in Orthographie und Zeichensetzung. Ob die mangelnde Vertrautheit mit Schriftlichkeit einzelne Personen sogar gänzlich am Schreiben gehindert hat, ist auf Basis der Briefe nicht nachvollziehbar. Anders als ihre schreibunkundigen Vorfahren im 17. und 18. Jahrhundert engagierten die Bürger im 20. Jahrhundert allerdings keinen professionellen Schreiber mehr oder delegierten das Schreiben nicht an andere Personen. Nur selten schrieb jemand für eine andere Person. Geschah dies, so lagen die Gründe dafür nicht in mangelnder Schreibfähigkeit. Vielmehr wollte sich die schreibende Person in solchen Fällen für Familienangehörige, Freunde oder Bekannte einsetzen. Bildungsferne wurde allerdings keineswegs zwangsläufig als Begrenzung der eigenen Möglichkeiten zur schriftlichen Artikulation erfahren. Im Gegenteil gebrauchten gerade

Angehörige der unteren Schichten in ihren Schreiben mitunter eine besonders kraftvoll-direkte und damit eindrückliche Sprache.

Als Hürden konnten sich die mit dem Schreiben verbundenen unterschiedlichen Übersetzungsleistungen erweisen. Übersetzt werden musste von der gesprochenen Sprache in die Schriftsprache, dabei oft auch aus einer anderen noch im Alltag gesprochenen Sprache oder einem Dialekt – etwa dem Niederdeutschen, Schlesischen oder Ostpreußischen – in das Hochdeutsche. Der Wechsel von der im Alltag gebrauchten Sprache in das Schriftdeutsch gelang nicht immer. Dass einige Politiker des Niederdeutschen kundig waren, erleichterte manchen Schreibern ihr Anliegen. So schrieb etwa Hinnerk G.: 'Och wat! Lewe Landesvadder! Wat ik seggen much, kann ick beter up plattdütsch, und je verstaht uns moderspraak ja ok.' (Ach was! Lieber Landesvater! Was ich sagen möchte, kann ich besser auf Plattdeutsch [sagen], und Sie verstehen unsrere Muttersprache ja auch!) Gegenüber den Möglichkeiten des mündlichen Gesprächs wurde das Schreiben von vielen Bürgern als Beschränkung ihrer Ausdrucksmöglichkeiten empfunden. Mitunter merkten die Schreiber an, wie wenig die von ihnen auf dem Papier gewählten Worte ihr eigentliches Erleben wiedergaben. Auf die Diskrepanz zwischen seinem emotionalen Erleben und seinem Brief spielte etwa Helmut H. an. Er beschrieb dem Petitionsausschuss des Bundestages 1956 das Problem vergleichsweise eloquent-dramatisch: 'meinen Zeilen fehlt die Kraft, allen Schmerz und allen Tränen Ausdruck zu geben'. Was hier eher als bewusst eingesetztes stilistisches Mittel erscheint, erwies sich für andere Schreibende als handfestes Problem: Else L., nach eigenem Bekunden eine 'schlichte Frau' und damit vermutlich Angehörige bildungsferner Schichten, schrieb zum Beispiel knapp, sie könne 'die Worte nicht so formen'. Lydia H. verwies auf die Mühen, die ihr das Schreiben mache, und erklärte: 'denn ich schreibe schlecht'. Ähnlich führte auch Käthe H. 1971 aus: 'Brieflich kann ich das so nicht schreiben.' 'Schriftlich kann ich Ihnen dies auf keinen Fall mitteilen, dazu ist es viel zu verzwickt', benannte Martha S. gegenüber Ministerpräsident Kopf die Grenzen, die das Kommunikationsmedium Brief ihr setzte. Franz P., der sich selbst zu den weniger vermögenden Bevölkerungsgruppen zählte, begründete seinen Wunsch nach einem persönlichen Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Georg Diederichs wie folgt: 'denn ich kann mein Anliegen nicht so in einem Brief niederlegen, wie es in Wirklichkeit den Tatsachen entspricht'.